

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

1. November 2017

PRESSEMELDUNG 17/2017

„Ideologiegetriebene Klientelpolitik“

Gewerkschaft ver.di als Steigbügelhalter der Asyl-Lobby

Die für ihre asylfördernde und flüchtlingsbejahende Ausrichtung bekannte Gewerkschaft ver.di lädt am 13. November in Frankfurt am Main zu einer Konferenz ein, die sich die „Berufliche Integration von Geflüchteten im Kommunalbetrieb“, so der offizielle Veranstaltungstitel, auf die Fahnen geschrieben hat. Vordergründig präsentiert sich ver.di als helfende Hand, die nach der in den vergangenen zwei Jahren erfolgten millionenfachen Aufnahme von „Flüchtlingen“ in den bundesdeutschen Kommunen nun die langfristige „Integration“ der Asylanten forcieren möchte.

Diese Ziele werden in der Veranstaltungsankündigung auch ohne Umschweife umrissen: „Im nächsten Schritt muss es darum gehen die betriebliche und berufliche Integration der Geflüchteten voranzubringen. Hier sind auch die Kommunen und kommunale Betriebe als Arbeitgeber gefordert Integrationspfade zu schaffen. Arbeit ist ein zentraler Baustein für gesellschaftliche Integration. Sie ermöglicht ein selbständiges Leben und damit ein echtes Ankommen in Deutschland. (...) Damit die Integration gut gelingt, müssen die notwendigen strukturellen, personellen und empathischen Voraussetzungen im Betrieb geschaffen werden.“

Die traditionell mit dem politisch linken Spektrum verbundene Gewerkschaft ver.di möchte insbesondere Entscheidungsträger der Kommunalpolitik für ihre Auffassung über „Geflüchtete“ beeinflussen: eine Auffassung, die bewußt Asylbewerber mit Einwanderern gleichsetzt, um zu suggerieren, es sei ein Mehr an Integrationsmaßnahmen nötig. Doch hier sage ich klipp und klar: Nein! Die Asylgewährung ist immer nur ein Recht auf Zeit, wenn der Asylgrund wegfällt, muß der „Flüchtling“ zwingend zurück in sein Heimatland. Dies ist geltendes Recht, Schluß mit linker Sozialromantik!

Angesicht der Arbeitslosenzahlen, im September 2017 waren in der Bundesrepublik Deutschland rund 2,45 Millionen Arbeitslose registriert, sollten sich Gewerkschaften und Kommunalpolitik lieber Gedanken darüber machen, die bereits „länger hier Lebenden“, also einheimische Bürger in Lohn und Brot zu bringen, statt eine durchsichtige Klientelpolitik für „Flüchtlinge“ zu betreiben.

Vor dem Hintergrund des Familiennachzugs und des anzunehmenden Fortgangs des Asyl-Ansturms wird leider auch im kommenden Jahr eine millionenfache Aufnahme von „Flüchtlingen“ zu erwarten sein. Wer – wie ver.di – eine Integration von Millionen an „Geflüchteten“ propagiert und die damit einhergehende Implosion des Sozialstaats inkaufnimmt, handelt grob fahrlässig. Doch vielmehr erwecken derartige „Asyl-Konferenzen“ den Eindruck, als wolle hier eine linke Vorfeldorganisation sich als Steigbügelhalter der Asyl-Lobby in Szene setzen. Nicht zum Wohle des deutschen Volkes, sondern vielmehr zum Wohle der eigenen Kassen und einer ideologiegetriebenen Klientelpolitik!